
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	34
Entwicklung des Bankensektors	37
Finanz- und Ergebnisentwicklung	38
Ereignisse im Geschäftsjahr	38
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	40
Ergebnis im Quartalsvergleich	44
Bilanz	46
Eigenkapital	47
Forschung und Entwicklung	49
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	50
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	52
Funding	54
Risikomanagement	55
Human Resources	56
Ausblick	57
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	59

Entwicklung der Märkte

Konjunkturschwäche in Europa, Erholung in den USA

In der Eurozone entwickelte sich die Wirtschaft 2014 schwächer als erwartet, und auch der Ausblick für 2015 ist verhalten. Im Jahresvergleich wurde 2014 – nach minus 0,4 Prozent im Vorjahr – ein bescheidenes BIP-Wachstum von 0,9 Prozent verzeichnet. Dieses war einerseits getrieben von soliden Wachstumswerten in Deutschland und einer Erholung in zuvor schwächer wachsenden Ländern (Spanien, Irland und Portugal). Andererseits enttäuschte das Wirtschaftswachstum in großen Ländern wie Italien und Frankreich. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung trug zu einem deutlichen Rückgang der Inflation bei. Da fallende Rohstoffpreise diese Entwicklung noch verschärft haben, betrug der Preisauftrieb im Jahr 2014 im Schnitt lediglich 0,4 Prozent nach 1,4 Prozent im Jahr 2013. Zumindest für Anfang 2015 ist mit einem Rückgang des Preisniveaus der Konsumgüter zu rechnen. Die EZB ergriff 2014 sowie Anfang 2015 weitere expansive und unkonventionelle Maßnahmen, um die Konjunktur zu stützen und Deflationsrisiken vorzubeugen. 2015 sollte der schwächere Außenwert des Euro unterstützend für einen Konjunkturaufschwung wirken. Die größten Risikofaktoren für die Konjunktur und die Finanzmärkte im Euroraum bleiben weiter die angespannte geopolitische Lage sowie deflationäre Tendenzen und Reformversäumnisse in einigen Ländern der Eurozone.

Insgesamt zeichnet sich derzeit eine starke Entkopplung der Konjunkturzyklen in Europa und den USA ab. Die US-Wirtschaft entwickelte sich im abgelaufenen Jahr ähnlich wie in den beiden Vorjahren und wuchs um 2,4 Prozent. Getragen wurde die Zunahme von privatem Konsum und Unternehmensinvestitionen. Die privaten Konsumausgaben profitierten von der guten Lage am Arbeitsmarkt, moderat steigenden Löhnen sowie den in der zweiten Jahreshälfte deutlich gesunkenen Energiepreisen. Anders als noch in den drei Jahren zuvor dämpft die Konsolidierung der Staatsausgaben die Wirtschaftsaktivität in den USA kaum noch. Auch wenn die Zunahme der Wirtschaftsleistung hinter der Dynamik früherer Aufschwungphasen zurückblieb, setzte sich die kräftige Erholung auf dem Arbeitsmarkt fort. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 6,7 Prozent auf 5,6 Prozent und lag damit nur noch knapp über dem Niveau, das als Vollbeschäftigung gilt.

CEE von divergenten Entwicklungen geprägt

Die 2012 und 2013 prägende konjunkturelle Erholung in CEE schwächte sich 2014 ab. 2014 verzeichnete die Gesamtregion CEE ein Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent und schnitt damit nur unwesentlich besser ab als die Eurozone. Diese Entwicklung war vorrangig getrieben von der Situation in Russland und der Ukraine. Hier mündeten geopolitische Risiken gekoppelt mit strukturellen Schwächen in eine Stagnation (Russland) bzw. in eine tiefe Anpassungsrezession (Ukraine). Um notwendige strukturelle und institutionelle Umstrukturierungen in der Ukraine zu erleichtern und Finanzmarktrisiken abzusichern, erhielt die Ukraine 2014 umfangreiche Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der EU, die 2015 aufgestockt wurden.

Im Gegensatz zum von Russland überlagerten Trend in der Gesamtregion entwickelten sich die Volkswirtschaften in Zentraleuropa (CE) und Südosteuropa (SEE) 2014 achtbar. In CE wurde ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 2,9 Prozent verzeichnet, in SEE von 1,4 Prozent. Neben den Exporten erholte sich vor allem in den CE-Ländern die Binnennachfrage deutlich. Die solide wirtschaftliche Entwicklung in CE ist breit angelegt, zudem wiesen alle CE-Länder 2014 deutlich positive BIP-Wachstumsraten auf. Tschechien, Ungarn sowie Slowenien kehrten damit den Trend der Stagnation bzw. Rezession der Vorjahre um. In CE stachen bei der wirtschaftlichen Entwicklung 2014 vor allem Polen und Ungarn hervor. In diesen Ländern wurde ein BIP-Wachstum von mehr als 3 Prozent erzielt. In der Slowakei und Slowenien legte die Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um rund 2,5 Prozent zu, in der Tschechischen Republik um 2,0 Prozent. Für 2015 wird in CE weiterhin ein solides BIP-Wachstum von 3,0 Prozent erwartet. Haupttreiber hierfür sind eine weiterhin achtbare Entwicklung in Deutschland sowie eine zunehmende Stärkung der heimischen Nachfrage und Investitionen.

In einigen SEE-Ländern zeigen die Umstrukturierungsbemühungen der letzten Jahre erste Resultate. Das BIP-Wachstum wurde in SEE 2013 und 2014 allerdings vor allem von Rumänien getrieben, während andere Volkswirtschaften noch in der Stagnation bzw. Rezession verharrten. Angesichts der Naturkatastrophen, von denen einige Länder in SEE schwer getroffen waren, schwächte sich das dortige Wirtschaftswachstum 2014 auf 1,4 Prozent ab, nach 2,1 Prozent im Jahr 2013. Zudem dämpft die schwächer als erwartet ausgefallene Erholung der Eurozone, vor allem auch in den für SEE wichtigeren Ländern Italien und Frankreich, das Wachstum in SEE. Das stärkste Wachstum – mit 2,9 Prozent – konnte in Rumänien verzeichnet werden, das von erfolgreichen Strukturereformen profitiert, aber noch unter einer schwachen Binnennachfrage leidet; Albanien folgt mit 2,0 Prozent. In Bulgarien wurde trotz einer kurzfristigen Bankenpanik im Sommer 2014 ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent erreicht. Kroatien, das unter tiefgreifenden Strukturproblemen leidet, blieb auch 2014 in einer Rezession verhaftet und verbuchte damit das sechste Jahr in Folge ohne Wachstum. Während Bosnien und Herzegowina knapp mit einer stagnierenden Wirtschaft davongekommen ist, musste Serbien 2014 wieder einen Einbruch hinnehmen. Serbien hat besonders mit den Konsequenzen der Flutkatastrophe sowie einer verzögerten Reformpolitik zu kämpfen und musste 2014 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 1,8 Prozent hinnehmen.

Um die gesamtwirtschaftliche und budgetäre Situation zu stabilisieren, schloss Serbien im vierten Quartal vorsorglich ein Abkommen mit dem IWF ab. Das Abkommen zielt auf Budgetkonsolidierung und Privatisierungen ab. Das Beispiel Rumänien hat gezeigt, dass eine Kooperation mit dem IWF nachhaltige Strukturreformen nach sich ziehen kann. Insofern ist dieser Schritt positiv zu bewerten. Für 2015 wird in der Region SEE mit einem BIP-Zuwachs um 1,9 Prozent eine moderate Erhöhung der Wachstumsdynamik erwartet, Rumänien sollte erneut der Vorreiter in der Region sein.

Die sich 2014 bereits abzeichnende Eintrübung der Wirtschaftsdynamik in Russland, der Ukraine und Belarus dürfte sich 2015 fortsetzen. Russland wird nach einer de-facto-Stagnation 2014 im Jahr 2015 voraussichtlich mit einem BIP-Rückgang um 4 Prozent eine Rezession erleben. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Belarus ab, wo zumindest ein leichter Rückgang des BIP erwartet wird. Ohne eine weitere Verschärfung der geopolitischen Situation könnte die Wirtschaft in Russland 2016 wieder in den moderaten Wachstumsbereich zurückkehren. In der Ukraine wird sich die 2014 begonnene Anpassungsrezession 2015 fortsetzen, es wird daher ein BIP-Rückgang von mindestens 5,5 Prozent erwartet. Falls umfassende Reformen nicht gelingen, könnte sich die wirtschaftliche und finanzielle Neuausrichtung in der Ukraine deutlich diffiziler gestalten. Insgesamt wird das BIP in der Region CEE Sonstige (Ukraine, Belarus) 2015, wie auch 2014, zurückgehen. Die Ukraine dürfte 2015 und 2016 weiter auf substanzielle finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2013	2014e	2015f	2016f
Polen	1,7	3,3	3,5	3,4
Slowakei	1,4	2,4	2,5	3,0
Slowenien	-1,0	2,6	2,0	2,0
Tschechische Republik	-0,7	2,0	2,4	3,0
Ungarn	1,5	3,5	2,5	2,5
CE	1,0	2,9	3,0	3,1
Albanien	0,4	2,0	3,0	4,0
Bosnien und Herzegowina	2,5	0,5	2,5	3,0
Bulgarien	0,9	1,1	1,2	2,1
Kroatien	-0,9	-0,4	0,0	1,0
Kosovo	3,4	0,5	2,0	3,0
Rumänien	3,4	2,9	3,0	3,0
Serbien	2,5	-1,8	0,0	2,5
SEE	2,1	1,4	1,9	2,6
Russland	1,3	0,6	-4,0	0,5
Belarus	0,9	1,6	-2,0	1,0
Ukraine	0,0	-6,9	-5,5	0,5
CEE Sonstige	0,3	-4,5	-3,9	0,6
Österreich	0,2	0,3	0,7	1,8
Deutschland	0,2	1,6	1,6	2,2
Eurozone	-0,4	0,9	1,2	1,9

Konjunktur in Österreich bleibt hinter Erwartungen zurück

Nach einem vielversprechenden zweiten Halbjahr 2013 setzte eine das ganze Jahr andauernde Stagnationsphase ein, was für das Gesamtjahr 2014 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 0,3 Prozent impliziert (2013: 0,2 Prozent). Der private Konsum kam 2014 trotz stabiler Beschäftigungsentwicklung nicht über zaghafte Belegungstendenzen hinaus, nur etwas dynamischer zeigte sich der staatliche Konsum. Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen enttäuschte besonders im zweiten Halbjahr, während die positive Entwicklung zu Jahresbeginn auf Vorzieheffekte zurückzuführen ist. Die somit schwach verlaufene Binnennachfrage konnte jedoch in der zweiten Jahreshälfte vom Außenhandel zumindest ein Stück weit aufgefangen werden. Auch zu Beginn des Jahres 2015 zeigte sich die konjunkturelle Dynamik schwach.

Globale Währungen

Im ersten Halbjahr 2014 bewegte sich der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar in einer geringen Bandbreite zwischen EUR/USD 1,35 und EUR/USD 1,39. In der zweiten Jahreshälfte setzte eine Talfahrt des Euro ein, die die Gemeinschaftswährung bis zum Jahresende auf EUR/USD 1,21 drückte. Zu Jahresbeginn beschleunigte sich der Abwärtstrend des Euro nochmals. Anfang März 2015 notiert er zum Dollar bei 1,12. Treiber der Wechselkursentwicklung war im Wesentlichen die Geldpolitik der EZB sowie der US-Notenbank. Seit Mitte 2014 zeichnete sich ab, dass die US-Notenbank mit der Normalisierung ihrer Geldpolitik beginnen würde. Ein erster Schritt wurde mit der Einstellung der Anleihekäufe im November getan. Gleichzeitig verdichteten sich die Anzeichen, dass die EZB ein solches Anleihekaufprogramm in absehbarer Zeit verabschieden würde.

Der Schweizer Franken pendelte zum Euro im Gesamtjahr 2014 zwischen knapp 1,20 und 1,24, wobei der Durchschnittskurs bei 1,22 lag. War der Franken zu Jahresbeginn eher auf der schwächeren Seite, wurde dieser infolge der geopolitischen Unsicherheiten ab dem Frühjahr einmal mehr zur Fluchtwährung und wertete seitdem beständig auf. Daneben trugen die expansive Geldpolitik der EZB und die schrumpfenden Zinsdifferenzen zwischen der Eurozone und der Schweiz zur Aufwertung des Franken bei. Gegen Ende des Jahres nahm der Aufwertungsdruck des Franken gegenüber dem EUR derart zu, dass die SNB (Schweizerische Nationalbank) negative Leitzinsen einführte. Am 15. Jänner 2015 hob die SNB dann überraschend den Mindestkurs für EUR/CHF von 1,20 auf, beteuerte aber, bei der Gestaltung der Geldpolitik auch künftig der Wechselkursituation Rechnung tragen zu wollen und deshalb bei Bedarf am Devisenmarkt aktiv zu bleiben.

CEE-Währungen

Die CEE-Währungen zeigten sich im Jahresverlauf 2014 gegenüber dem Euro tendenziell schwächer. Während die übrigen Währungen in der CE- und SEE-Region um etwa 0,5 Prozent bis 3 Prozent nachgaben, schwächten sich vor allem der ungarische Forint (minus 6 Prozent) und der serbische Dinar (minus 5,3 Prozent) gegenüber dem Euro deutlich ab. Die stärksten Abwertungen gab es jedoch in der GUS-Region. Hier führten die Krise in der Ostukraine, der fallende Ölpreis sowie die Sanktionen gegen Russland zu heftigen Abwertungen. So gab der russische Rubel im zweiten Halbjahr 2014 fast 36 Prozent zum Euro nach (38 Prozent auf Jahressicht) und die ukrainische Hryvna im Jahresverlauf 2014 um 41 Prozent. Der Belarus Rubel zeigte sich 2014 zum Euro mit nur 1,4 Prozent Abwertung stabil, verlor 2015 bis Ende Februar allerdings zum Euro dann fast 20 Prozent. In den ersten zwei Monaten 2015 erholte sich der russische Rubel gegenüber dem Euro wieder etwas und wertete um fast 4 Prozent auf, während die ukrainische Hryvna zum Euro weiter um etwa 37 Prozent nachgab.

Entwicklung des Bankensektors

Moderates Wachstum, steigende Differenzierung in CEE

Unterstützt von leicht besseren volkswirtschaftlichen Indikatoren im zweiten Halbjahr 2014, expansiven geldpolitischen Maßnahmen und gestiegenen Wachstumserwartungen in CE und SEE legte das Kreditwachstum in diesen beiden Regionen 2014 moderat zu. Dieser Trend sollte sich 2015 fortsetzen. Daher stabilisierten sich auch die notleidenden Kredite (NPL) 2014 in vielen Ländern in CE und SEE oder überschritten teils ihren Höhepunkt. In Rumänien gelangen 2014 die ersten nennenswerten Verkäufe von NPL-Portfolios. Allerdings bleiben die NPL vor allem in den Bankenmärkten in SEE weiterhin auf hohen Niveaus, was die Performance der Bankensektoren noch einige Zeit belasten wird. In Russland und der Ukraine trübte sich das Umfeld für Banken 2014 deutlich ein und der Ausblick für 2015 bleibt schwierig. Das Kreditwachstum schwächte sich, u. a. durch ein zunehmend schwieriges lokales Refinanzierungsumfeld (geringeres Einlagenwachstum, höhere Refinanzierungskosten), in beiden Märkten deutlich ab. Trotzdem lag das Kreditwachstum des Bankensektors in Russland 2014 immer noch im hohen zweistelligen Bereich, die Liquiditätssituation ist weiterhin solide, und auch die Profitabilität (Return on Equity) lag 2014 noch im soliden zweistelligen Prozentbereich. Ohne eine materielle Verschlechterung der geopolitischen Situation und der Finanzierung sollte der russische Bankensektor auch 2015 profitabel bleiben. Im Gegensatz dazu wies der Bankensektor der Ukraine 2014 einen Verlust aus und auch 2015 könnte ein weiteres Verlustjahr anstehen. Die Ertragssituation von in der Region agierenden westeuropäischen Banken wird auch von der anhaltenden Währungsschwäche in Russland, der Ukraine und Belarus belastet.

Die regional sehr unterschiedlichen Trends in CEE bezüglich der Asset-Qualität und des Kreditwachstums spiegeln sich auch in divergierenden Rentabilitätszahlen der regionalen Bankensektoren deutlich wider. So blieben die Rentabilitätsindikatoren des Bankensektors in CE auf erfreulich gutem Niveau, d. h. der durchschnittliche Return on Equity 2014 lag im niedrigen zweistelligen Prozentbereich. Eine Ausnahme davon bildet Ungarn, wo die Ertragskraft des Bankensektors aufgrund regulatorischer Maßnahmen erneut negativ ausfiel, wobei sich das Umfeld hier verbessern sollte. Im russischen Bankenmarkt gab die Rentabilität 2014 im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas nach, gehörte aber mit einem Return on Equity von rund 13 Prozent im Jahr 2014 noch immer zu den höchsten in CEE. In SEE fiel die Rentabilität 2014 erneut gering aus, was unter anderem auf die schwache Kreditnachfrage im Neugeschäft und sich teils noch leicht erhöhende NPL zurückzuführen war. Der durchschnittliche Return on Equity lag hier im niedrigen einstelligen Prozentbereich und damit in etwa auf dem Niveau der Eurozone. Trotz der positiven Entwicklungen in einigen CEE-Märkten liegt der durchschnittliche Return on Equity im Bankensektor in der Gesamtregion weiter unter früheren Werten. Diese Entwicklung ist vor allem bedingt durch steigende regulatorische Kosten, erhöhte Eigenkapitalquoten und -kosten, einen höheren Grad der lokalen Refinanzierung sowie durch eingeschränkte Möglichkeiten der Risiko- und Zinskurventransformation aufgrund des Niedrigzinsumfelds. Der Ausblick auf einen längeren Fortbestand des aktuellen Niedrigzinsumfelds in großen Märkten in CE und SEE sowie die Eintrübung der Ertragsaussichten im Bankensektor in Russland legen nahe, dass der Return on Equity in den CEE-Bankensektoren 2015 nicht deutlich zulegen wird.

Finanz- und Ergebnisentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf die entsprechenden Kapitel in diesem Lagebericht und im Anhang verwiesen.

Ereignisse im Geschäftsjahr

Kapitalerhöhung und Rückzahlung des Partizipationskapitals

Die Anfang 2014 durchgeführte Kapitalerhöhung, in deren Rahmen 97.473.914 neue Aktien ausgegeben wurden, brachte einen Netto-Kapitalzuwachs von € 2.725 Millionen. Im Juni wurde das von der Republik Österreich gezeichnete Partizipationskapital in Höhe von € 1.750 Millionen zurückbezahlt, im September folgte das von privaten Investoren gezeichnete Partizipationskapital in Höhe von € 750 Millionen.

RZB bestand Stresstest und AQR klar

Die EZB unterzog sämtliche in Zukunft direkt beaufsichtigten Banken dem so genannten „Comprehensive Assessment“, das sich vor allem aus einer umfangreichen Bilanzprüfung (Asset Quality Review, AQR) und einem europaweiten Stresstest zusammensetzte. Die RBI war als Teil der RZB Gegenstand des EZB-Stresstests. Die veröffentlichten Daten zum Stresstest bezogen sich daher auf den RZB-Konzern. Sowohl im Basisszenario des Stresstests (Baseline Scenario) als auch im sehr ungünstigen Szenario (Adverse Scenario) übertraf die RZB die geforderten Kapitalquoten deutlich. Der Asset Quality Review der EZB, der dem Stresstest vorgeschaltet war, brachte für die RZB Anpassungen in Höhe von 0,65 Prozentpunkten auf die von der EZB für den Stresstest verwendete Eigenkapitalquote (CET1 Ratio). Diese Anpassungen waren hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die EZB bei Pauschalwertberichtigungen einen anderen Ansatz verwendet als die RZB. Weiters waren im AQR Kreditrisikovorsorgen, die die RBI im Geschäftsjahr 2014 gebildet hatte, nicht berücksichtigt. Diese wurden jedoch größtenteils im Geschäftsjahr 2014 dotiert. Die Empfehlungen der EZB wurden in dem Ausmaß umgesetzt, soweit sie den IFRS-Accounting-Policies entsprechen bzw. die angewandten Modelle qualitativ schärfen.

Subkonsolidierung der RBI

Im Oktober 2014 erreichte die RBI der Bescheid über die aufsichtsrechtliche Subkonsolidierung der RBI als Teilkonzern der RZB. Damit wird die RBI gemäß Art. 11 Abs. 5 CRR (Capital Requirement Regulation) auf teilkonsolidierter Basis gesondert beaufsichtigt und gilt im Sinn des § 30 BWG (Bankwesengesetz) als übergeordnetes Kreditinstitut für den Teilkonzern. Damit einhergehend wurde dem Konzern eine Mindest-Eigenmittelquote von 13,76 Prozent vorgeschrieben, die ab dem Stichtag 30. November 2014 einzuhalten ist. Diese vorgeschriebene Eigenmittelquote (transitional) wurde seit diesem Stichtag auf teilkonsolidierter Basis (Konzernebene) einschließlich eines ausreichenden Puffers eingehalten.

Banken im Fokus der ungarischen Regierung

Die Maßnahmen der ungarischen Regierung gegen ungarische Banken waren auch 2014 mit negativen Ergebniseffekten verbunden. Nach dem „Home Protection Law“ von 2011, mit dem der ungarische Staat privaten Kreditnehmern eine vorzeitige Rückzahlung von Fremdwährungskrediten zu bevorzugten Konditionen zugestand und das für die RBI Verluste mit sich brachte, wurden mehrere neue Regierungsprogramme zugunsten der Fremdwährungskreditnehmer vorbereitet und parlamentarisch verabschiedet. Aus diesen gesetzlichen Änderungen ergab sich in Ungarn im Berichtsjahr eine in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Rückstellung von € 251 Millionen. Gegenstand des Gesetzes waren die Wechselkursspannen, die bei der Auszahlung und den Ratenzahlungen von Fremdwährungskrediten angewendet werden können, sowie einseitige Zinsänderungen bei Konsumentenkrediten.

Spannungen in der Ostukraine

Mit den einsetzenden geopolitischen Spannungen in der Ukraine, die in der Abspaltung der Krim sowie in militärischen Auseinandersetzungen in der Donbass-Region gipfelten, ergaben sich für die ukrainische Tochterbank negative Auswirkungen. Dies führte in den genannten Regionen zu höheren Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Höhe von € 254 Millionen sowie zu einem zusätzlichen Sachaufwand von € 15 Millionen. Weiters kam es dort zur Schließung eines Großteils der Filialen und einer damit einhergehenden Personalreduktion.

Währungsturbulenzen in der Ukraine und Russland

2014 blieben die Spannungen in der Ukraine, die Ausweitung der Sanktionen gegenüber Russland und die damit einhergehende Unsicherheit die dominanten Themen auf den internationalen Finanzmärkten. Als Konsequenz daraus werteten der russische Rubel und die ukrainische Hryvna gegenüber dem US-Dollar und dem Euro signifikant ab. Insgesamt ergaben sich Währungsdifferenzen

von € 1,3 Milliarden auf das Eigenkapital sowie eine negative Auswirkung auf die harte Kernkapitalquote von 94 Basispunkten, wovon der überwiegende Teil von Einheiten aus Russland (47 Basispunkte) und der Ukraine (19 Basispunkte) stammte.

Abschreibung immaterieller Vermögenswerte

Im vierten Quartal wurden Firmenwerte in Höhe von € 306 Millionen wertberichtigt, insbesondere für Konzerneinheiten in Russland (€ 148 Millionen), Polen (€ 101 Millionen) und Albanien (€ 51 Millionen). Im dritten Quartal kam es in der Ukraine zu einer Wertberichtigung von € 29 Millionen auf die Marke und € 1 Million auf den Kundenstock.

Überblick

Nach einem herausfordernden Jahr schloss der Konzern das Berichtsjahr mit einem positiven Vorsteuerergebnis von € 23 Millionen ab. Trotz der Währungsturbulenzen und der geopolitischen Spannungen lag das Betriebsergebnis in Höhe von € 2.332 Millionen mit einem Rückgang von 2 Prozent nur geringfügig unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang des Ergebnisses vor Steuern um € 812 Millionen auf € 23 Millionen war in erster Linie auf eine Reihe von Sondereffekten zurückzuführen: In Ungarn verursachte eine Gesetzesänderung einen Einmaleffekt, der den Konzern mit € 251 Millionen belastete. Gleichzeitig waren in der Ukraine € 533 Millionen an Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen erforderlich, die damit insgesamt um € 412 Millionen über dem Vorjahreswert lagen. Zudem wurden Firmenwerte von insgesamt € 306 Millionen wertberichtigt; bei Konzerneinheiten in Russland und Polen waren hier geringere mittelfristige Ergebniserwartungen verantwortlich, in Albanien eine Änderung des Diskontierungsfaktors. Das Ergebnis nach Steuern fiel mit minus € 463 Millionen negativ aus – nicht zuletzt wegen Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern in Höhe von € 196 Millionen aufgrund einer geänderten Steuerplanung in der Konzernzentrale und in Asien. Nach Berücksichtigung des Ergebnisses der nicht beherrschenden Anteile, das sich um € 16 Millionen auf minus € 30 Millionen verringerte, ergab sich ein Konzernergebnis von minus € 493 Millionen.

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Rückgang um 7 Prozent oder € 373 Millionen auf € 5.355 Millionen. Dabei verbesserte sich die Nettoszinspanne aufgrund geringerer Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale um 13 Basispunkte auf 3,24 Prozent. Der Zinsüberschuss stieg um 2 Prozent oder € 60 Millionen auf € 3.789 Millionen. Der Provisionsüberschuss sank hingegen um 2 Prozent oder € 40 Millionen auf € 1.586 Millionen, in erster Linie bedingt durch die Währungsentwicklung. Das Handelsergebnis ging um € 351 Millionen auf minus € 30 Millionen zurück, hervorgerufen durch Bewertungsverluste aus derivativen Finanzinstrumenten sowie wechselkursbedingte Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen in der Ukraine und in Russland.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 9 Prozent oder € 316 Millionen auf € 3.024 Millionen. Positive Effekte ergaben sich hier aus den laufenden Kostensenkungsprogrammen vor allem in der Tschechischen Republik und in Polen. In der Ukraine und in Russland kam es zu Rückgängen, die vorwiegend durch Währungsabwertungen verursacht wurden. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm weiterhin ab und verringerte sich im Jahresabstand um 2.671 auf 56.396. Die Zahl der Geschäftsstellen sank im Jahresabstand um 159 auf 2.866.

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen im Jahresvergleich um 49 Prozent oder € 567 Millionen auf € 1.716 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war die Situation in der Ukraine, die von der Abwertung der Hryvna und dem insgesamt schwierigen makroökonomischen Umfeld geprägt war und deshalb einen Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 412 Millionen auf € 533 Millionen bedingte. Darüber hinaus trug auch Asien zur Steigerung bei: Hier kam es aufgrund von Ausfällen einzelner Großkunden zu einer Erhöhung um € 215 Millionen auf € 291 Millionen. Dagegen war in den meisten anderen Märkten eine Verbesserung der Kreditrisikosituation zu verzeichnen.

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten drehte von minus € 257 Millionen im Vorjahr auf plus € 88 Millionen im Berichtsjahr. Dies lag im Wesentlichen an der Veränderung des Credit Spreads für eigene Verbindlichkeiten um € 292 Millionen.

Die Bilanzsumme nahm im Jahresverlauf um 7 Prozent oder € 9.016 Millionen auf € 121.624 Millionen ab. Nahezu die Hälfte dieses Rückgangs (rund € 4,2 Milliarden) war auf Währungseffekte zurückzuführen, die sich vorwiegend aus der Abwertung der ukrainischen Hryvna und des russischen Rubels gegenüber dem Euro ergaben. Darüber hinaus war das reduzierte kurzfristige Interbankengeschäft für den Rückgang der Bilanzsumme verantwortlich.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile verzeichnete einen Rückgang um € 2.062 Millionen auf € 8.302 Millionen. Kapitalmindernd wirkten hier die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von € 539 Millionen und das Gesamtergebnis von minus € 1.754 Millionen, das auf das negative Ergebnis nach Steuern von € 463 Millionen sowie Währungsabwertungen von € 1.335 Millionen zurückzuführen war.

Infolge des negativen Ergebnisses der RBI AG wird für das Geschäftsjahr 2014 keine Dividende auf Aktien und Partizipationskapital ausgeschüttet werden.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

in € Millionen	2014	2013	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	3.789	3.729	60	1,6%
Provisionsüberschuss	1.586	1.626	- 40	- 2,5%
Handelsergebnis	- 30	321	- 351	-
Übriges betriebliches Ergebnis	10	53	- 42	- 80,5%
Betriebserträge	5.355	5.729	- 373	- 6,5%
Personalaufwand	- 1.450	- 1.632	182	- 11,2%
Sachaufwand	- 1.193	- 1.277	84	- 6,6%
Abschreibungen	- 381	- 431	50	- 11,6%
Verwaltungsaufwendungen	- 3.024	- 3.340	316	- 9,5%
Betriebsergebnis	2.332	2.389	- 58	- 2,4%
Nettoderstellungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 1.716	- 1.149	- 567	49,3%
Übrige Ergebnisse	- 593	- 405	- 188	46,3%
Ergebnis vor Steuern	23	835	- 812	- 97,3%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 486	- 232	- 254	109,7%
Ergebnis nach Steuern	- 463	603	- 1.066	-
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	- 30	- 46	16	- 35,0%
Konzernergebnis	- 493	557	- 1.050	-

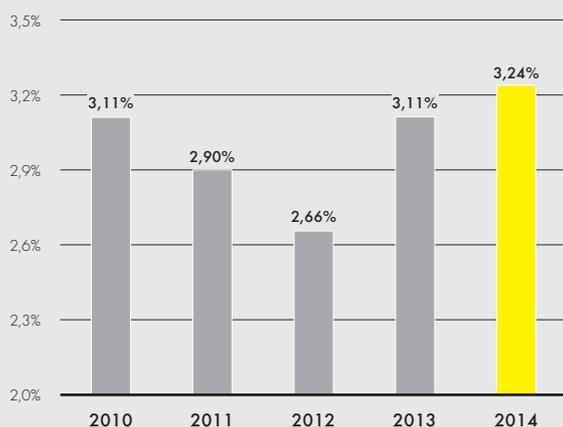
Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss erhöhte sich 2014 um 2 Prozent oder € 60 Millionen auf € 3.789 Millionen. Zurückzuführen war dies vorwiegend auf eine positive Entwicklung in Russland und in der Konzernzentrale. In Russland sorgte neben höheren Zinserträgen aus derivativen Finanzinstrumenten vor allem die erfolgreiche Positionierung im Retail- und Firmenkundengeschäft für einen Anstieg (plus € 112 Millionen). In der Konzernzentrale kam es aufgrund geringerer Refinanzierungskosten primär bei verbrieften Verbindlichkeiten zu einem Zuwachs des Zinsüberschusses um € 145 Millionen.

Neben dem positiven Beitrag aus Russland und der Konzernzentrale waren für einen höheren Zinsüberschuss auch Belarus (plus € 24 Millionen) durch eine gute Entwicklung des Kreditgeschäfts sowie die Slowakei (plus € 10 Millionen) durch Repricing-Maßnahmen im Einlagengeschäft verantwortlich. In Ungarn hingegen sorgten geringere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten, gesunkene Kreditvolumina sowie ein niedrigeres

Marktzinsniveau für einen Rückgang der Zinserträge um € 43 Millionen. In Rumänien führten ebenfalls gesunkene Marktzinssätze sowie rückläufige Zinserträge aus Wertpapieren zu einem um € 7 Millionen niedrigeren Zinsüberschuss. Die negative Entwicklung des Zinsüberschusses in der Ukraine (minus € 61 Millionen) war rein währungsbedingt, in lokaler Währung wurde der Zinsüberschuss um 20 Prozent gesteigert. In Polen reduzierte sich der Zinsüberschuss aufgrund der stark gesunkenen Marktzinssätze geringfügig um € 4 Millionen. In der Tschechischen Republik verzeichnete die RBI einen Rückgang des Zinsüberschusses um € 4 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Margen im Retail- und Firmenkundengeschäft sowie durch Währungseffekte. In Slowenien sorgten vor allem gesunkene Kreditvolumina für einen um € 6 Millionen niedrigeren Zinsüberschuss.

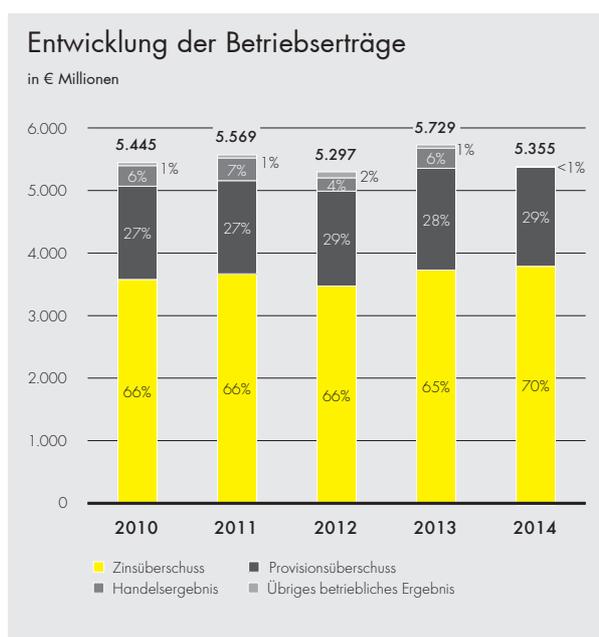
Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



Die Nettozinsspanne des Konzerns erhöhte sich im Jahresabstand um 13 Basispunkte auf 3,24 Prozent. Verantwortlich dafür waren geringere Refinanzierungskosten in der Konzernzentrale sowie verbesserte Margen in Russland und CEE Sonstige.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verringerte sich im Jahresvergleich vor allem währungsbedingt um 2 Prozent oder €40 Millionen auf €1.586 Millionen. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft gab dabei vor allem aufgrund von Währungseffekten in Russland und geringerer Garantieprovisionen in Rumänien um 16 Prozent oder €40 Millionen auf €210 Millionen nach. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sank – vorrangig in der Konzernzentrale – bedingt durch geringere Gebühren aus Kapitalmarkttransaktionen um 14 Prozent oder €21 Millionen auf €127 Millionen. Währungsbedingt reduzierte sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um 3 Prozent oder €20 Millionen auf €712 Millionen; am stärksten in der Ukraine und in Russland, während die Slowakei, Ungarn und Kroatien Zuwächse erzielten. Dagegen erhöhte sich das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft vor allem volumen- und margenbedingt in Russland sowie in der Ukraine um 11 Prozent oder €38 Millionen auf €393 Millionen.



Vorjahr ein positives Ergebnis verursacht, andererseits schlugen im Berichtsjahr Dotierungen in Ungarn (für Rechtsfälle) sowie in Russland negativ zu Buche. Der sonstige Steueraufwand erhöhte sich aufgrund einer neu eingeführten Steuer auf Fremdwährungskäufe in der Ukraine sowie eines höheren Aufwands für die Finanztransaktionssteuer in Ungarn um €16 Millionen. Dem standen Ergebnisverbesserungen aus dem Abgang von Sachanlagen (Gebäudeverkäufe) in Russland, der Ukraine und Albanien gegenüber. In Albanien war das Ergebnis in der Vorjahresperiode aufgrund der Schließung von Geschäftsstellen niedriger ausgefallen. Zusätzlich wirkte sich die Vereinnahmung passiver Unterschiedsbeträge aus dem Kauf der Raiffeisen Bausparkasse in Kroatien mit €5 Millionen positiv aus.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Berichtszeitraum um 9 Prozent oder €316 Millionen auf €3.024 Millionen, zum überwiegenden Teil zurückzuführen auf die Währungsentwicklung des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna. Zusätzlich kam es in der Tschechischen Republik und in Polen aufgrund der laufenden Kostensenkungsprogramme sowie in der Tschechischen Republik wegen geringerer Abschreibungen zu niedrigeren Verwaltungsaufwendungen. Die Cost/Income Ratio verbesserte sich um 1,8 Prozentpunkte auf 56,5 Prozent.

Personalaufwand

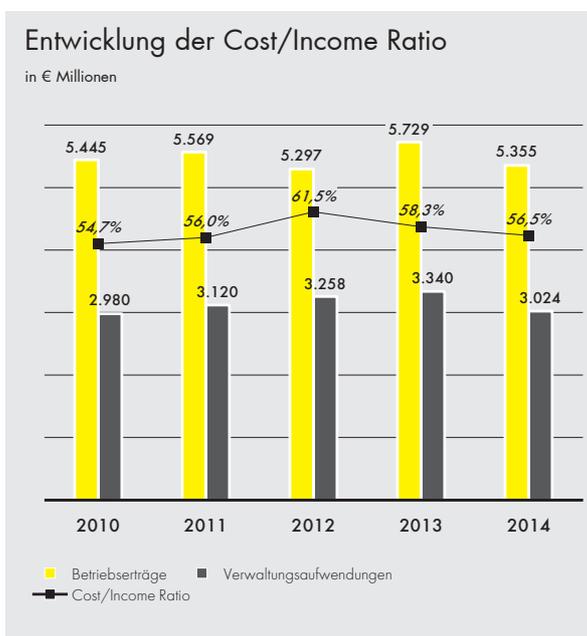
Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 48 Prozent der Personalaufwand, der im Berichtsjahr allerdings um 11 Prozent oder €182 Millionen auf €1.450 Millionen sank. In der Ukraine und der Tschechischen Republik waren Kostensenkungsprogramme sowie Währungseff-

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis sank im Jahresvergleich um €351 Millionen auf minus €30 Millionen, maßgeblich hervorgerufen durch einen Rückgang im währungsbezogenen Geschäft um €313 Millionen auf minus €51 Millionen. Hauptgründe dafür waren Bewertungsverluste aus derivativen Finanzinstrumenten in Russland sowie wechsellkursbedingte Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen in der Ukraine. Die Konzernzentrale verzeichnete hingegen – ebenso wie Ungarn – Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft ging um €20 Millionen zurück, hervorgerufen durch Bewertungsverluste in Russland. Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft reduzierte sich um €43 Millionen auf minus €42 Millionen.

Übriges betriebliches Ergebnis

Das übrige betriebliche Ergebnis ging im Berichtsjahr um €42 Millionen auf €10 Millionen zurück. Insbesondere stiegen die Nettodotierungen für sonstige Rückstellungen um €29 Millionen. Hier hatte einerseits die Auflösung einer Rückstellung für Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Polen im



fekte ausschlaggebend für einen starken Rückgang des Personalaufwands. Ebenso führten die laufenden Kostensenkungsprogramme in Polen und Ungarn zu einem Rückgang, während in Russland die deutliche Währungsabwertung aufwandsmindernd wirkte. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 2.671 Personen auf 56.396. Die größten Rückgänge verzeichneten hier die Ukraine (minus 1.117), Polen (minus 557) und Ungarn (minus 335).

Sachaufwand

Der Sachaufwand sank um 7 Prozent oder € 84 Millionen auf € 1.193 Millionen. In der Ukraine (minus € 26 Millionen) und Russland (minus € 16 Millionen) ist die Reduktion vorwiegend auf Währungseffekte zurückzuführen. Den größten Rückgang (minus € 31 Millionen) verzeichnete Polen, vor allem bei Rechts- und Beratungsaufwendungen sowie IT- und Werbeaufwendungen. In Rumänien (minus € 8 Millionen) reduzierten sich hauptsächlich die Raumaufwendungen, und in der Tschechischen Republik (minus € 6 Millionen) sanken vor allem die Rechts- und Beratungsaufwendungen. In der Slowakei hingegen sorgten vorwiegend höhere Aufwendungen für die Einlagensicherung, höhere Rechts- und Beratungsaufwendungen sowie IT- und Werbeaufwendungen für einen Anstieg um € 8 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Vergleich zum Jahresende 2013 um 159 auf 2.866. Die größten Rückgänge wurden hier in der Ukraine (minus 127), Polen (minus 19), Bulgarien (minus 12) und Albanien (minus 12) verzeichnet.

Aufwendungen für Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent oder € 50 Millionen auf € 381 Millionen. Dies ist vor allem auf gesunkene Abschreibungen für Software in der Konzernzentrale sowie eine in der Vorjahresperiode vorgenommene Wertminderung auf ein Softwareprojekt in der Tschechischen Republik (€ 57 Millionen) zurückzuführen. Zu einem Anstieg um € 13 Millionen kam es in der Ukraine aufgrund einer Wertminderung der Marke und des Kundenstocks in Höhe von € 30 Millionen und einer Wertminderung eines Gebäudes in Höhe von € 4 Millionen, während die Veränderung der Nutzungsdauer zu niedrigeren Abschreibungen auf Sachanlagen führte. Auch in Rumänien kam es aufgrund der Wertminderung eines Grundstücks zu einem Anstieg (€ 8 Millionen).

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 415 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 36 Prozent (€ 150 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 42 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen im Jahresvergleich um 49 Prozent oder € 567 Millionen auf € 1.716 Millionen. Hervorgerufen wurde dies durch eine Erhöhung der Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen um € 614 Millionen auf € 1.829 Millionen. Bei den Portfolio-Wertberichtigungen ergaben sich erneut Nettoauflösungen in Höhe von € 45 Millionen (Rückgang um € 6 Millionen). Dem standen um € 54 Millionen höhere Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten gegenüber, die sich sich im Berichtsjahr auf insgesamt € 68 Millionen beliefen. Davon entfielen € 61 Millionen auf einen Verkauf notleidender Kredite in Polen.

In der Ukraine lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen mit € 533 Millionen – überwiegend bedingt durch höhere Einzelwertberichtigungen – insgesamt um € 412 Millionen über dem Vorjahreswert. Hauptgründe dafür waren die Spannungen in der Ostukraine sowie die Währungsabwertung der Hryvna und die dadurch notwendigen Wertberichtigungen von besicherten US-Dollar-Krediten. Die Nettodotierungen im Segment Group Corporates verzeichneten einen Anstieg um € 232 Millionen auf € 490 Millionen, der vor allem durch einzelne Kredite an Großkunden in Asien verursacht wurde. Ein wachsendes Retail- und Firmenkunden-Portfolio sowie diverse Fälle im Firmenkundenbereich führten auch in Russland zu einem Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 104 Millionen auf € 152 Millionen. Zu deutlichen Rückgängen kam es hingegen in Polen, Slowenien und Bulgarien. Der in Polen verzeichnete Rückgang um € 61 Millionen resultierte vor allem aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten. In Slowenien ergab sich ein um € 42 Millionen und in Bulgarien ein um € 39 Millionen geringerer Wertberichtigungsbedarf, nachdem die deutliche Erhöhung des Portfolios für notleidende Kredite und eine Aktualisierung der Sicherheitenbewertung im Vorjahr höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen erforderlich gemacht hatten.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten stieg seit Jahresbeginn um € 181 Millionen auf € 8.838 Millionen, währungsbereinigt ergab sich ein Zuwachs um € 959 Millionen. Dieser Anstieg entstand vor allem im Segment Group Corporates (plus € 629 Millionen) und in der Ukraine (plus € 604 Millionen) und in Russland (plus € 195 Millionen), während es in Ungarn und Bulgarien zu deutlichen Rückgängen (minus € 181 Millionen bzw. minus € 187 Millionen) kam. Gleichzeitig führten Währungseffekte – vor allem durch die Abwertung der ukrainischen Hryvna und des russischen Rubels – zu einem Rückgang um € 778 Millionen. Die NPL Ratio erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Jahresultimo 2013 um 0,6 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 5.955 Millionen gegenüber. Aus der Erhöhung des Wertberichtigungs-niveaus bestehender notleidender Kredite resultierte eine verbesserte NPL Coverage Ratio von 67,4 Prozent nach 63,1 Prozent im Vorjahr.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – erhöhte sich um 0,73 Prozentpunkte auf 2,13 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten betrug € 88 Millionen gegenüber minus € 257 Millionen im Vorjahr. Dafür verantwortlich war das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten, in dem sich das um € 292 Millionen auf plus € 166 Millionen gestiegene Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen für eigene Verbindlichkeiten positiv niederschlug. Das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich um € 53 Millionen.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um € 5 Millionen auf € 62 Millionen. Dabei stiegen das Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 31 Millionen auf € 38 Millionen sowie jenes aus der Veräußerung von Wertpapieren um € 33 Millionen auf € 52 Millionen. Diese Anstiege resultierten vor allem aus signifikanten, überwiegend währungsbedingten Bewertungs- und Veräußerungsgewinnen aus Anleihen in der Ukraine, die teilweise durch Bewertungs- und Veräußerungsverluste aus Anleihen – überwiegend Unternehmensanleihen – in Russland reduziert wurden.

Das Ergebnis aus Unternehmensanteilen verringerte sich von plus € 29 Millionen im Vorjahr auf minus € 33 Millionen im Berichtsjahr. Ausschlaggebend dafür waren einerseits um € 46 Millionen geringere Erträge aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen, nachdem im Vorjahr Veräußerungsgewinne von € 51 Millionen – überwiegend durch die Veräußerung von VISA- und MasterCard-Aktien in Russland und der Ukraine – erzielt worden waren. Andererseits erhöhte sich der Wertberichtigungsbedarf für Beteiligungen um € 16 Millionen, die vorwiegend in der Konzernzentrale verbucht wurden.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

Der Aufwand für Bankenabgaben sank im Berichtsjahr um € 20 Millionen auf € 177 Millionen. Rückgänge ergaben sich dabei mit € 14 Millionen aufgrund einer Veränderung der Bemessungsgrundlage in Österreich und mit € 7 Millionen in der Slowakei.

Eine gesetzliche Änderung in Ungarn führte im Berichtsjahr zu einem Sondereffekt in Form einer Rückstellung von € 251 Millionen, der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dargestellt wurde. Hintergrund war ein vom ungarischen Parlament erlassenes Gesetz zugunsten der Fremdwährungskreditnehmer. Gegenstand der neuen Regelung waren die Wechselkursspannen, die bei der Auszahlung und den Ratenzahlungen von Fremdwährungskrediten angewendet werden können, sowie einseitige Zinsänderungen bei Konsumentenkrediten.

Zusätzlich ergaben sich Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 306 Millionen. Davon entfielen auf Russland € 148 Millionen, auf Polen € 101 Millionen und auf Albanien € 51 Millionen. In Russland war der Firmenwert aufgrund der Währungseffekte und der daraus resultierenden niedrigeren Ergebniserwartungen abzuschreiben. In Polen ergab sich eine Reduktion der Berechnung durch eine niedrigere mittelfristige Ergebniserwartung und eine Verringerung der ewigen Rente. In Albanien lag der Berechnung aufgrund gestiegener Eigenkapitalkosten ein erhöhter Diskontierungssatz zugrunde. Darüber hinaus verringerte sich die ewige Rente.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr resultierte aus der Endkonsolidierung von 18 Tochterunternehmen ein Verlust von € 10 Millionen, während es im Vorjahr aufgrund des Ausscheidens von sieben Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis zu einem Verlust von € 6 Millionen gekommen war. Von den 18 ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden elf Unternehmen aufgrund von Unwesentlichkeit, fünf Unternehmen durch Verkauf und jeweils ein Unternehmen wegen Stilllegung bzw. Liquidation endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing-, Handels- und Finanzierungsgeschäft tätig. Aus dem Verkauf der Warenhandelsgruppe F.J. Elsner, Wien, resultierte ein Endkonsolidierungsverlust von € 11 Millionen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Jahresvergleich um € 254 Millionen auf € 486 Millionen. Der latente Steuer Aufwand stieg dabei um € 214 Millionen auf € 183 Millionen. Darin enthalten war ein Sondereffekt, der sich auf Wertminderungen für aktive latente Steuern von € 196 Millionen bezog. In der Konzernzentrale waren € 161 Millionen abzuschreiben, da aus der aktualisierten mittelfristigen Steuerplanung keine Verwertbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge gegeben war. Auch in Asien wurden € 35 Millionen an aktiven latenten Steuern abgeschrieben, da aufgrund der geplanten Geschäftsreduktion zukünftig keine ausreichenden steuerlichen Gewinne zur Verfügung gestanden wären. Der laufende Steuer Aufwand stieg um € 40 Millionen auf € 303 Millionen, vorwiegend bedingt durch höhere Steueraufwendungen in Polen und der Tschechischen Republik. In der Konzernzentrale ergab sich ein laufender Steuer Aufwand von € 3 Millionen, während im Vorjahr – vorwiegend dank einer Umlage in der Gruppenbesteuerung – noch ein Steuerertrag von € 44 Millionen ausgewiesen worden war.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2014	Q3/2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	895	940	- 45	- 4,8%
Provisionsüberschuss	417	404	14	3,4%
Handelsergebnis	- 68	30	- 98	-
Übriges betriebliches Ergebnis	- 26	17	- 43	-
Betriebserträge	1.218	1.391	- 172	- 12,4%
Personalaufwand	- 301	- 373	72	- 19,3%
Sachaufwand	- 319	- 292	- 27	9,2%
Abschreibungen	- 108	- 112	3	- 2,9%
Verwaltungsaufwendungen	- 728	- 776	48	- 6,2%
Betriebsergebnis	490	614	- 124	- 20,2%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 633	- 515	- 118	22,9%
Übrige Ergebnisse	- 336	- 115	- 221	193,1%
Ergebnis vor Steuern	- 479	- 16	- 464	>500,0%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 243	- 96	- 147	152,4%
Ergebnis nach Steuern	- 722	- 112	- 610	>500,0%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	4	- 7	11	-
Konzernergebnis	- 718	- 119	- 599	>500,0%

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 sank der Zinsüberschuss im vierten Quartal 2014 um 5 Prozent oder € 45 Millionen auf € 895 Millionen. Verantwortlich für diese Entwicklung war ein währungsbedingter Rückgang des Zinsüberschusses in Russland, dem in lokaler Währung allerdings ein Anstieg um 10 Prozent gegenüberstand. Die Nettozinsspanne verringerte sich im Quartalsvergleich um 17 Basispunkte auf 3,06 Prozent. In Asien waren hier das reduzierte Kreditvolumen mit Firmenkunden und höhere Wertberichtigungen für einen Rückgang verantwortlich. In Zentraleuropa war die Nettozinsspanne durch das niedrige Zinsniveau belastet und fiel um 21 Basispunkte. In Russland lag der Rückgang durch währungsbedingt niedrigere Zinserträge bei 29 Basispunkten.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem dritten Quartal um € 14 Millionen auf € 417 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete hier mit € 17 Millionen das Ergebnis aus dem Devisengeschäft, hervorgerufen durch höhere Umsätze in Russland. Um € 5 Millionen wuchs auch das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds, jenes aus dem Wertpapiergeschäft verbesserte sich um € 4 Millionen, und das Ergebnis aus sonstigen Bankdienstleistungen stieg um € 3 Millionen. Dagegen verringerten sich das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um € 8 Millionen sowie jenes aus dem Kredit- und Garantiegeschäft um € 6 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis reduzierte sich gegenüber dem Vorquartal um € 98 Millionen auf minus € 68 Millionen. Das währungsbezogene Geschäft nahm dabei vor allem in der Ukraine ab, wo angesichts der erheblichen Währungsabwertung Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen anfielen. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft sank vorwiegend in Russland sowie in der Konzernzentrale, hervorgerufen durch Bewertungsverluste für Wertpapierpositionen sowie derivative Finanzinstrumente.

Übriges betriebliches Ergebnis

Das übrige betriebliche Ergebnis ging im vierten Quartal um € 43 Millionen auf minus € 26 Millionen zurück. Das Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen verringerte sich hier vorwiegend in Ungarn und Polen um € 9 Millionen. Zusätzlich stiegen die Dotierungen für sonstige Rückstellungen speziell in Rumänien, der Slowakei und Ungarn um € 8 Millionen. Das sonstige betriebliche Ergebnis entwickelte sich aufgrund der Wertminderung eines zur Veräußerung bestimmten Gebäudes in Kroatien mit minus € 9 Millionen ebenfalls rückläufig.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen lagen im vierten Quartal mit € 728 Millionen um € 48 Millionen unter dem Wert des Vorquartals. Während dabei der Personalaufwand auch wegen der Auflösung von Bonusrückstellungen um € 72 Millionen auf € 301 Millionen sank, erhöhte sich der Sachaufwand durch einen Anstieg des Werbe- und Repräsentationsaufwands sowie des Rechts- und Beratungsaufwands um € 27 Millionen auf € 319 Millionen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen lagen im vierten Quartal mit € 108 Millionen ebenfalls um € 3 Millionen unter dem Wert des Vergleichs quartals.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen stiegen gegenüber dem dritten Quartal um 23 Prozent oder € 118 Millionen auf € 633 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Entwicklungen in der Ukraine mit Nettodotierungen von € 207 Millionen und in Ungarn mit € 87 Millionen. Insgesamt zeigten die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu Einzelwertberichtigungen einen Anstieg um € 276 Millionen, während bei den Portfolio-Wertberichtigungen Nettoauflösungen von € 94 Millionen verzeichnet wurden. Im vierten Quartal ergab die Veräußerung von notleidenden bzw. wertberichtigten Krediten in Polen im Nominale von € 294 Millionen ein positives Ergebnis von € 61 Millionen.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verringerte sich im vierten Quartal um 72 Prozent oder € 74 Millionen auf € 28 Millionen. Verantwortlich dafür zeigte sich hauptsächlich das Bewertungsergebnis aus der Veränderung des Credit Spreads der eigenen Emissionen, das aufgrund von höheren Aufschlägen für nachrangige Anleihen im dritten Quartal bei € 95 Millionen lag, während es im vierten Quartal € 47 Millionen betrug. Ebenso sank das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten im Quartalsvergleich um € 25 Millionen.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verringerte sich im vierten Quartal von zuvor plus € 23 Millionen auf minus € 39 Millionen. Für diese Entwicklung waren höhere Wertberichtigungen auf Beteiligungen (vor allem in der Konzernzentrale), höhere Bewertungsverluste auf Wertpapiere des Fair-Value-Bestands (vor allem in Russland) sowie niedrigere Veräußerungsergebnisse aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands verantwortlich.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

Die Bankenabgaben erhöhten sich im vierten Quartal um 8 Prozent auf € 40 Millionen. Ein Anstieg ergab sich dabei mit € 11 Millionen in Ungarn, während die Bankenabgaben in der Slowakei um € 9 Millionen zurückgingen.

Eine gesetzliche Änderung in Ungarn führte im dritten Quartal zu einem Sondereffekt in Form einer Rückstellung von € 204 Millionen nach € 67 Millionen im zweiten Quartal. Im vierten Quartal wurden davon € 20 Millionen aufgelöst.

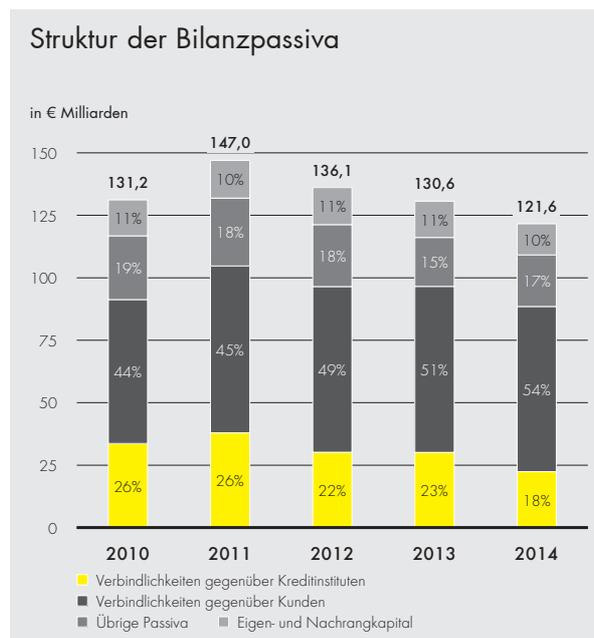
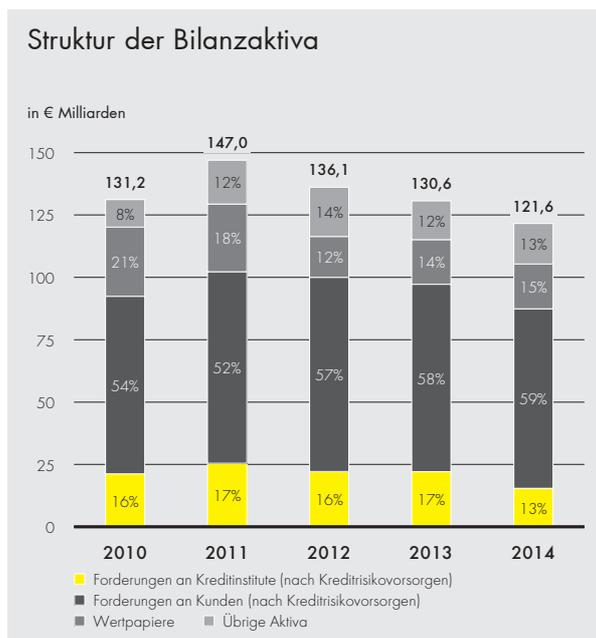
Im vierten Quartal ergaben sich Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 306 Millionen. Davon entfielen auf Russland € 148 Millionen, auf Polen € 101 Millionen und auf Albanien € 51 Millionen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand stieg im Quartalsvergleich um € 147 Millionen auf € 243 Millionen. Ausschlaggebend für diese nicht proportionale Veränderung waren vor allem Wertminderungen auf aktive latente Steuern in der Konzernzentrale und in Asien. Der überwiegende Teil davon betraf aktivierte steuerliche Verlustvorräte der Konzernzentrale (€ 152 Millionen).

Bilanz

Die Bilanzsumme des Konzerns ging im Jahresverlauf 2014 um 7 Prozent oder €9,0 Milliarden auf €121,6 Milliarden zurück. Dabei lagen die Währungsauswirkungen – vor allem hervorgerufen durch die Abwertung der ukrainischen Hryvna (minus 41 Prozent) und des russischen Rubels (minus 38 Prozent) bzw. gemildert durch den Wertzuwachs des US-Dollars (plus 14 Prozent) – bei minus €4,2 Milliarden.



Aktiva

Das Interbankengeschäft reduzierte sich seit Jahresbeginn um 30 Prozent oder €6,7 Milliarden auf €15,6 Milliarden. Das Geldmarktgeschäft ging überwiegend in der Konzernzentrale durch eine geänderte Liquiditätsveranlagung um €5,7 Milliarden zurück, davon betrug der Rückgang bei den Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen €2,1 Milliarden. Die langfristigen Forderungen sowie die Forderungen aus dem Giro- und Clearinggeschäft verringerten sich jeweils um €0,5 Milliarden.

Die Forderungen an Kunden (vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen) sanken im Berichtsjahr überwiegend währungsbedingt um 3 Prozent oder €2,7 Milliarden auf €77,9 Milliarden. Der größte Rückgang wurde bei Krediten an Privatpersonen (Rückgang um €1,4 Milliarden) vor allem währungsbedingt in Russland und der Ukraine sowie volumenbedingt in Polen verzeichnet. Die Forderungen an Großkunden reduzierten sich um €0,7 Milliarden; während diese währungsbedingt vor allem in Russland und der Ukraine abnahmen, stiegen sie in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik an.

Die Kreditrisikovorsorgen wuchsen seit Jahresbeginn um €0,5 Milliarden auf €6,1 Milliarden. Davon entfielen €6,0 Milliarden auf Forderungen an Kunden und €0,1 Milliarden auf Forderungen an Kreditinstitute.

Die Position Wertpapiere erhöhte sich geringfügig um €0,1 Milliarden auf €17,9 Milliarden. Während der Bestand in der Konzernzentrale (vor allem durch Ankäufe hochliquider Staatsanleihen) um €1,1 Milliarden und in Polen um €0,5 Milliarden stieg, nahm er überwiegend währungsbedingt in Russland (minus €1,1 Milliarden) und Ungarn (minus €0,5 Milliarden) ab. Der Anstieg um €0,8 Milliarden in den übrigen Aktiva war vor allem auf einen Anstieg positiver Marktwerte derivativer Finanzinstrumente im Ausmaß von €1,9 Milliarden zurückzuführen, während die Positionen immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und sonstige Aktiva einen Rückgang um insgesamt €1,2 Milliarden verzeichneten.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (überwiegend Geschäftsbanken) reduzierte sich um 26 Prozent oder €7,7 Milliarden auf €22,4 Milliarden. Dabei ergab sich im Geldmarktgeschäft ein Rückgang um €10 Milliarden, verursacht durch geringere kurzfristige Einlagen der RZB in der Konzernzentrale. Dagegen legten die Einlagen im Giro- und Clearinggeschäft um €1,9 Milliarden und die langfristigen Einlagen um €0,4 Milliarden zu.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen trotz der Währungsabwertungen im Jahresvergleich nur leicht um € 0,3 Milliarden auf € 66,1 Milliarden zurück. Dabei verringerten sich die Einlagen von Großkunden insgesamt um € 0,7 Milliarden: Während hier in Russland und der Ukraine Rückgänge verzeichnet wurden, ergaben sich in der Konzernzentrale und in Polen Zuwächse. Die Einlagen von Privatpersonen sanken um € 0,3 Milliarden, ebenfalls primär hervorgerufen durch die Währungsabwertungen in Russland und der Ukraine. In der Tschechischen Republik sowie in Rumänien erhöhte sich das Einlagengeschäft hingegen. Ein Plus von jeweils € 0,3 Milliarden verzeichneten die Einlagen des öffentlichen Sektors vor allem in der Konzernzentrale und in Ungarn sowie die Einlagen von Kleinbetrieben im Firmenkundengeschäft. Die Loan/Deposit Ratio (netto, d. h. nach Abzug der Kreditrisikovorsorgen) betrug 106,7 Prozent (2013: 112,1 Prozent).

Die übrigen Passiva – ohne Nachrangkapital – erhöhten sich um € 1,0 Milliarden auf € 20,6 Milliarden. Ausschlaggebend für diesen Anstieg waren vor allem die negativen Marktwerte der Handels- und Bankbuch-Derivate (vorwiegend in der Konzernzentrale), die insgesamt um € 2,1 Milliarden anstiegen. Die verbrieften Verbindlichkeiten sanken hingegen – hauptsächlich bedingt durch den geringeren Refinanzierungsbedarf – um € 0,9 Milliarden auf € 10,6 Milliarden.

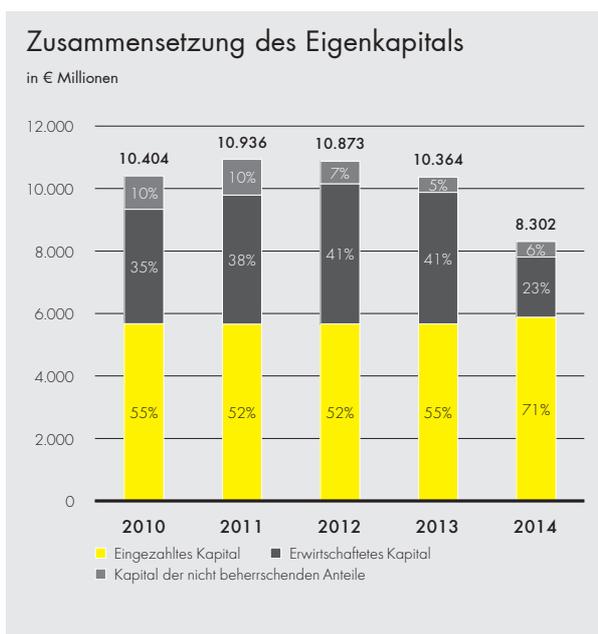
Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis und dem Kapital der nicht beherrschenden Anteile zusammensetzt, verringerte sich gegenüber dem Jahresresultimo 2013 um 20 Prozent oder € 2.062 Millionen auf € 8.302 Millionen.

Die Anfang 2014 durchgeführte Kapitalerhöhung, in deren Rahmen 97.473.914 neue Aktien zum Emissionskurs von € 28,50 ausgegeben wurden, brachte dabei netto, d. h. nach Abzug der Emissionskosten, einen Kapitalzuwachs von € 2.725 Millionen. Umgekehrt verminderte die Rückführung des Partizipationskapitals das Eigenkapital um € 2.500 Millionen: Die RBI zahlte die gesamten € 1.750 Millionen des von der Republik Österreich gezeichneten Partizipationskapitals am 6. Juni zurück. Das von privaten Investoren gezeichnete Partizipationskapital von € 750 Millionen wurde am 10. September zurückgezahlt.

Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2013 an die Aktionäre der RBI (€ 298 Millionen) sowie an die Zeichner des Partizipationskapitals (€ 200 Millionen) verringerten das Konzern-Eigenkapital um € 498 Millionen.



Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von minus € 1.767 Millionen setzt sich aus dem Konzernergebnis von minus € 493 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 1.274 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf minus € 1.314 Millionen beliefen (2013: minus € 440 Millionen). Wesentlicher Treiber war hier die Abwertung des russischen Rubels (minus € 839 Millionen) und der ukrainischen Hryvna (minus € 371 Millionen). Positiv wirkten sich hingegen mit € 34 Millionen die Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationen in Belarus und mit € 22 Millionen die Bewertungsänderungen der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte aus.

Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich um € 10 Millionen auf € 495 Millionen. Dies war zum einen auf das Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile in Höhe von € 30 Millionen sowie kleinere Kapitalbewegungen zurückzuführen. Zum anderen wurden im Berichtsjahr Dividenden in Höhe von € 41 Millionen an Minderheitsgesellschafter von Konzerneinheiten ausgeschüttet.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie des BWG ermittelt. Am 1. Jänner 2014 erfolgte die Umstellung auf die Regelungen nach CRR/CRD IV (Basel III). Die Vorjahreswerte sind noch auf Basis der damals gültigen Regeln nach CRD III (Basel II) dargestellt. Im Berichtsjahr wurde der RBI auf Basis von Artikel 11 der CRR die Auflage einer subkonsolidierten Beaufsichtigung erteilt, womit die RBI nicht nur als Einzelinstitut, sondern auch als Teilkonzern den Bestimmungen der CRR unterliegt. Bis dahin bildete die RBI – als Teil der RZB-Kreditinstitutsgruppe – keine eigene Kreditinstitutsgruppe im Sinn des BWG und unterlag daher als Konzern selbst nicht den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen für Bankengruppen.

Das harte Kernkapital vor Abzugsposten betrug zum Jahresende € 7.902 Millionen, nach Abzugsposten erreichte das harte Kernkapital einen Wert von € 7.477 Millionen. Der Rückgang zum Vergleichswert 2013 betrug € 1.037 Millionen. Neben den Basel-III-Effekten war die Reduktion vor allem durch die oben beschriebenen negativen Währungsentwicklungen hervorgerufen, insbesondere die Abwertungen des russischen Rubels und der ukrainischen Hryvna. Beim eingezahlten Kapital brachte die Kapitalerhöhung Anfang 2014 einen Zuwachs, dagegen wirkte sich die Rückzahlung des Partizipationskapitals negativ auf die regulatorischen Eigenmittel aus. Per Saldo ergab sich so ein Zuwachs von rund € 225 Millionen. Das Kernkapital fiel um € 1.478 Millionen auf € 7.477 Millionen. Hier waren neben den oben beschriebenen Effekten zudem die geänderten regulatorischen Bestimmungen relevant. Die ergänzenden Eigenmittel (Tier-2-Kapital) erreichten einen Wert von € 3.527 Millionen und lagen somit wegen höherer stiller Reserven um € 153 Millionen über dem Vergleichswert nach Basel II, zum Großteil hervorgerufen durch die erstmalige Anrechnung der Portfolio-Wertberichtigungen. Die gesamten Eigenmittel der RBI nach Basel III betragen € 11.003 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang um € 1.682 Millionen im Vergleich zu dem nach Basel II berechneten Jahresendwert 2013.

Den Eigenmitteln stand ein Eigenmittelerfordernis von € 5.498 Millionen gegenüber. Der hier eingetretene Rückgang basiert im Wesentlichen auf Währungsabwertungen, einer Verringerung des Obligos sowie der Anpassung von Berechnungsparametern. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko belief sich auf € 4.564 Millionen, das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen betrug € 254 Millionen, und das Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko lag bei € 680 Millionen.

Die Überdeckungsquote betrug 100,2 Prozent nach 98,5 Prozent zum Jahresende 2013, zurückzuführen auf den Rückgang des Eigenmittelerfordernisses. Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 10,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 16,0 Prozent.

Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergab sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 10,0 Prozent. Die Eigenmittelquote (fully loaded) erreichte 15,2 Prozent.

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Der Konzern beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit den laufenden bzw. bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen. Zu den wichtigsten Themen, für die bereits in der Vergangenheit Vorbereitungen getroffen worden waren, zählten hier die gesetzlichen Änderungen, die mit den EU-Richtlinien zu Basel III (CRD IV/CRR) einhergehen und mit Anfang des Geschäftsjahres in Kraft traten. Mit der Umstellung auf die neuen Basel-III-Regelungen stand auch 2014 die laufende Implementierung fortgeschrittener Berechnungsansätze unverändert im Fokus des Risikomanagements. Diese Aktivitäten umfassten die Implementierung des Internal-Ratings-Based-Ansatzes (IRB) im Retail- und Non-Retail-Bereich in den Tochterunternehmen in CEE, die Weiterentwicklung des internen Marktrisikomodells sowie die gruppenweite Weiterentwicklung des Standardansatzes beim operationellen Risiko.

Ein Schwerpunkt lag im Berichtsjahr auf den Neuerungen im Hinblick auf den Single-Supervisory-Mechanismus (SSM), insbesondere auf die damit einhergehenden Bilanzprüfungen (Comprehensive Assessment) durch die EZB, die den Asset Quality Review und einen europaweiten Stresstest mit sich brachten. Als Teil der RZB-Kreditinstitutsgruppe repräsentiert die RBI einen der Schwerpunkte für die aufsichtsrechtlichen Überprüfungen im Rahmen dieser Prozesse. Die von der EZB durchgeführten Prüfungen belasteten die Ressourcen des Konzerns aufgrund ihres Umfangs, ihrer Dauer und des intensiven Austauschs mit Behörden und Wirtschaftsprüfern massiv.

Im Oktober 2014 stellte die österreichische Finanzmarktaufsicht der RBI den Bescheid über die aufsichtsrechtliche Subkonsolidierung als Teilkonzern der RZB zu. Damit wird die RBI gemäß Art. 11 (5) CRR auf teilkonsolidierter Basis gesondert beaufsichtigt und gilt im Sinn des § 30 BWG (Bankwesengesetz) als übergeordnetes Kreditinstitut für den Teilkonzern. Damit einhergehend wurde dem Konzern eine Mindest-Eigenmittelquote von 13,76 Prozent vorgeschrieben, die ab dem Stichtag 30. November 2014 einzuhalten war.

Anfang November 2014 übernahm die EZB die Verantwortung für die Bankenaufsicht im Euro-Währungsgebiet. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus SSM ist ein neues System der Bankenaufsicht, das sich aus der EZB und den jeweils national zuständigen Behörden der teilnehmenden Länder zusammensetzt. In erster Linie soll es einen Beitrag zur Sicherheit und Solidität der Kreditinstitute sowie zur Stabilität des europäischen Finanzsystems leisten und eine einheitliche Aufsicht sicherstellen. Als eine von 120 bedeutenden Bankengruppen, die gemessen an den Aktiva 82 Prozent des Bankensektors im Eurogebiet repräsentieren, unterliegt

die RBI als subkonsolidierter Teilkonzern auch als Gruppe der direkten Aufsicht durch die EZB. Die RBI erwartet in diesem Zusammenhang neben deutlich gestiegenen Reporting-Anforderungen auch das verstärkte Auftreten von regulatorischen Themen mit strategischer Relevanz.

Anfang 2014 trat – zeitgleich mit Basel III – auch das neue österreichische Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz in Kraft. Als Konsequenz daraus musste die RBI als wesentliches Mitglied des RZB-Konzerns im Juni 2014 einen Plan für den Fall einer Sanierung bei der österreichischen Finanzmarktaufsicht einreichen. Die Pläne für eine potenzielle Abwicklung wurden Ende des Geschäftsjahres 2014 abgegeben.

Mit 1. Jänner 2015 trat in Österreich das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) in Kraft. Zahlungen unter diesem Gesetz beziehen sich auf europäische Regelungen, die die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD) ausführen, aber noch nicht verabschiedet sind (dies wird für 2015 erwartet), und die einen Mechanismus für Beitragszahlungen beginnend ab oder im Jahr 2015 vorsehen. Beginnend mit 2016 wird der österreichische Abwicklungsfinanzierungsmechanismus – so wie alle anderen Abwicklungsfinanzierungsmechanismen in der Eurozone – in einen einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund) übertragen, der derzeit gerade für alle EU-Eurozonen-Mitglieder (für andere EU-Mitglieder auf freiwilliger Basis) eingerichtet wird. Der konkret damit verbundene Aufwand für die RBI kann noch nicht genau beziffert werden. Für 2015 erwartet die RBI in Österreich einen Aufwand von rund € 38 Millionen.

Die Einlagensicherungsrichtlinie wurde 2014 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist bis Juli 2015 in österreichisches Recht umzusetzen. Die Richtlinie sieht die Errichtung eines Einlagensicherungsfonds vor, der durch Beiträge von Kreditinstituten zu speisen ist. Das Zielvolumen beträgt 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen. Das Umsetzungsgesetz lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Weder die Struktur, noch der Zeitpunkt der erstmaligen Beitragsentrichtung durch die Kreditinstitute waren bekannt, daher konnte auch der konkrete Aufwand für die RBI in Österreich noch nicht genau beziffert werden.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Bank auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im engeren Sinn prinzipiell nicht tätig.

Im Rahmen des Financial Engineering entwickelt sie jedoch für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen und etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken, vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI im Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung integrierter Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das BWG und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für die RBI und die übergeordnete RZB besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Directives und Instructions für strategisch wichtige Themenbereiche als zentralem Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist das Management der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss in der Abteilung Group Financial Reporting, die im Bereich des Finanzvorstands angesiedelt ist. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für uneinheitliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, das Sozialkapital sowie die Werthaltigkeit von Wertpapieren, Beteiligungen und Firmenwerten.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RZB. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch abweichende Berichtsstichtage und unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe oder automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden in der Abteilung Group Financial Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene (Abteilungsleiter). Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt dem Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei im RZB Group Accounts Manual definiert sowie erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Problemstellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die öffentlichen Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsegesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorschaurechnungen für den Konzern. Der vom Bereich Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand sowie dem Controlling. Darüber hinaus sind die Abteilungsleiter für die Überwachung der jeweiligen Bereiche zuständig; so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zusätzlich ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Audit (Group Audit) der RZB wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der RZB AG und der RBI AG.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben decken die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB ab:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2014 € 893.586.065,90 und ist in 292.979.038 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2014 604.517 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 292.374.521 Aktien im Umlauf befanden. Im Berichtsjahr wurde eine Kapitalerhöhung von 97.473.914 Aktien zum Ausgabepreis von € 28,50 durchgeführt. Das Grundkapital erhöhte sich dadurch um € 297.295.437,70. Für detaillierte Angaben wird auf Erläuterung (34) Eigenkapital im Anhang verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt.

(3) Die RZB AG hält über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH und andere Tochtergesellschaften indirekt rund 60,7 Prozent (2013: 78,5 Prozent) am Grundkapital an der Gesellschaft. Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind hier keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

Oberstes Mutterunternehmen ist die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, die direkt und indirekt mit insgesamt rund 82,4 Prozent an der RZB AG beteiligt ist. Der direkte Anteil beträgt rund 3,9 Prozent, der indirekte Anteil rund 78,5 Prozent. Dieser wird über die 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH gehalten.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB AG das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl bestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (zum Entsendungsrecht der RZB AG siehe oben unter Punkt (4)). Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 Aktiengesetz (AktG) ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss). Die bisherige, teilweise ausgenützte Ermächtigung vom 26. Juni 2013 gemäß § 169 AktG (genehmigtes Kapital) wurde widerrufen.

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000,- mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 4 und Z 8 AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Dezember 2016, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke - mit Ausnahme des Wertpapierhandels - durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen 10 Handelstage liegen. Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 (1b) AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Diese Ermächtigung gilt für die Dauer von 5 Jahren ab dem Datum dieser Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Juni 2019. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2014 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 ermächtigte ferner den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 3. Dezember 2016, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert der zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte dieses Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 beschlossene Ermächtigung zum Zweck des Wertpapierhandels.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 9. Juni 2009 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Genussrechte mit Eigenkapitalcharakter gemäß § 174 AktG mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2 Milliarden nach näherer Maßgabe der vom Vorstand festzulegenden Genussrechtsbedingungen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auszugeben. Es ist darauf hinzuweisen, dass Genussrechte aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keine Stimmrechte oder sonstigen Mitgliedschaftsrechte gewähren. Die Ausgabe von Genussrechten hat daher keine Veränderung der aktienrechtlichen Beteiligungsstruktur und der Stimmrechte der Aktionäre zur Folge. Die Gesellschaft beschloss am 15. Juli 2009, das Eigenkapital durch die Ausgabe von Genussrechten in Höhe von € 600 Millionen aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses vom Juni 2009 zu stärken. Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB AG mit der Raiffeisen International zur nunmehrigen RBI AG mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 wurden die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaft hinfällig. Dies betrifft auch das Genussrechtskapital in Höhe von € 600 Millionen, das zur Gänze von der RZB AG gezeichnet worden war. Diese Ermächtigung ist am 8. Juni 2014 erloschen, ohne dass weitere Genussrechte ausgegeben wurden.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG ist als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RZB-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RZB-Gruppe scheidet die RBI AG zum Zeitpunkt der Verschmelzung aus

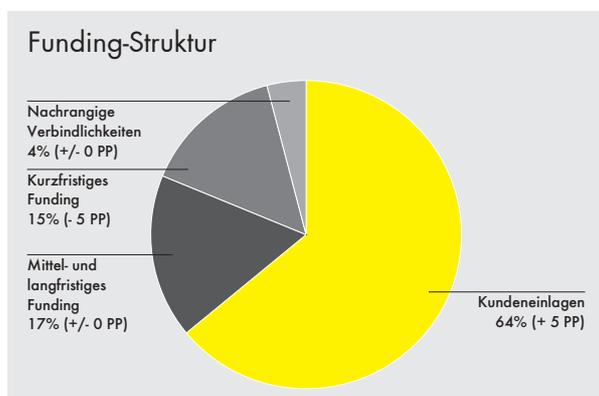
dem gruppenweiten Versicherungsschutz aus. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für vor der Verschmelzung begangene Pflichtverletzungen.

- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartefrist (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel und Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Refinanzierungssituation auf den Kapitalmärkten entwickelte sich 2014 insgesamt sehr erfreulich. Zwar stellte die US-Notenbank im Jahresverlauf ihre Anleihenkäufe ein, das Kapitalmarktumfeld wurde dadurch aber kaum beeinflusst. Relevant für die Eurozone waren dabei insbesondere weitere Zinssenkungen (bis hin zu einem negativen Einlagenzinssatz für Geschäftsbanken) und zusätzliche Liquiditätszufuhr durch die Europäische Zentralbank (EZB), ausgelöst durch ein Nachlassen des Wirtschaftswachstums und einen Inflationsrückgang im Jahresverlauf. Die Überschussliquidität im Geldmarkt blieb damit weiterhin erhalten, und Staatsanleihenrenditen samt Risikoprämien gingen im Jahresverlauf auf den meisten Anleihenmärkten deutlich zurück.



Die Refinanzierung des Konzerns basiert auf zwei Säulen: zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende 2014 €66,1 Milliarden oder 64 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit €37,1 Milliarden die verbleibenden 36 Prozent beisteuerte. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht den Konzern weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

2014 spielte die Diversifizierung der Finanzierungsquellen für die Konzerneinheiten weiterhin eine sehr wichtige Rolle.

Besonders hohe Bedeutung im Funding haben langfristige Finanzierungen aus Quellen, die weniger stark unter dem Einfluss von Veränderungen auf den internationalen Kapitalmärkten

stehen. Dabei arbeitet der Konzern aktiv mit supranationalen Institutionen zusammen. Diese unterstützen die Banken in Osteuropa nicht nur mit bilateralen Krediten, sondern auch in der Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte. Der Konzern kooperiert mit diesen Institutionen jedoch nicht nur bei Finanzierungen, sondern auch in anderen Bereichen, etwa bei Risk-Sharing-Programmen, die zu einer Optimierung der risikogewichteten Aktiva führen.

Zudem sind die Konzerneinheiten auch vermehrt in der Emission von lokalen Anleihen aktiv, insbesondere auch Emissionen in lokaler Währung. Damit wird nicht nur die Finanzierungsstruktur in lokaler Währung gefördert, sondern auch ein positiver Beitrag

zur Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte geleistet. Hervorzuheben sind dabei die unbesicherten Anleihen der russischen Tochterbank (RUB), der Raiffeisenbank Rumänien (RON), der Raiffeisen Polbank (PLN) sowie eine besicherte Anleiheemission der tschechischen Raiffeisenbank (EUR).

Für die mittel- bis langfristige Refinanzierung nutzte die RBI AG 2014 unter anderem ein Emissionsprogramm: das „EUR 25,000,000,000 Debt Issuance Programme“, in dessen Rahmen Anleihen in unterschiedlichen Währungen und Strukturen ausgegeben werden können. Das Gesamtvolumen der ausstehenden Anleihen darf dabei € 25 Milliarden nicht überschreiten. Per Jahresresultimo 2014 waren in Summe € 10 Milliarden an Anleihen in Anspruch genommen worden.

Auch im Jahr 2014 setzte die RBI ihren Funding-Plan überwiegend mit kleinvolumigen Privatplatzierungen zügig um.

Im Februar 2014 emittierte die RBI zur Stärkung ihrer Kapitalbasis eine nachrangige Anleihe im Volumen von € 500 Millionen mit einer Laufzeit von 11 Jahren, erstmaligem Kündigungsrecht nach 6 Jahren und einem Kupon von 4,5 Prozent. Der Renditeaufschlag bei dieser Emission entsprach 330 Basispunkten über Euro MidSwap.

Für die Mittelaufnahme mit kurzen Laufzeiten nutzte die RBI 2014 sowohl den Interbankenmarkt als auch ihr Emissionsprogramm für kurzfristige Emissionen (Commercial Papers), das „Euro-Commercial Paper and Certificate of Deposit Programme“. Im Rahmen dieses Programms emittierte die RBI Commercial Papers in unterschiedlichen Währungen und refinanzierte sich damit auch außerhalb des reinen Interbankenmarkts.

Zur Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen arbeitet die RBI auch aktiv an der Erschließung besicherter Refinanzierungen, bei denen vorhandene Assets zur Generierung längerfristig verfügbarer Mittel genutzt werden.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (44) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

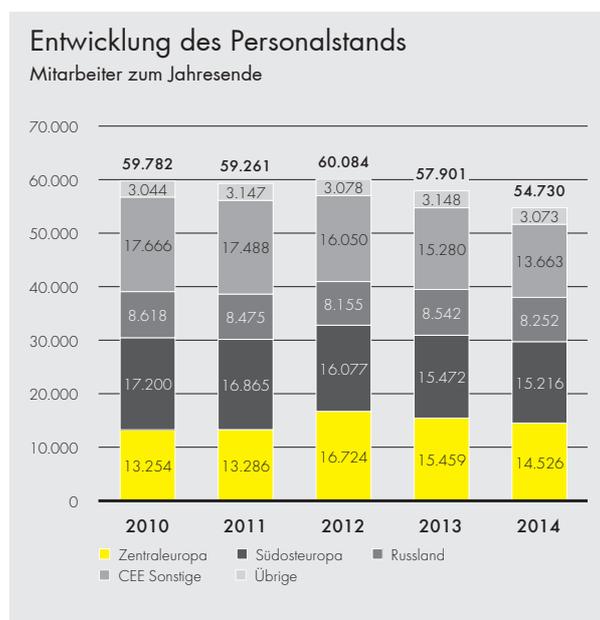
Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) steuert die personellen Ressourcen im Konzern, um Unternehmensinteressen und Bedürfnisse der Mitarbeiter aufeinander abzustimmen. Zum 31. Dezember 2014 beschäftigte die RBI mit 54.730 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) um 3.171 Personen bzw. 5 Prozent weniger als Ende 2013. Der Großteil dieses Rückgangs ist auf die Entwicklung in der Ukraine zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 37 Jahren weiterhin relativ niedrig, der Frauenanteil lag bei 67 Prozent. Mit einer Akademikerquote von 72 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf.

Talent Management und Führungskräfteentwicklung

Auch im Jahr 2014 wurde eine Vielzahl von Initiativen zur Optimierung des Talent Management in allen Konzerneinheiten fortgesetzt. Die Schwerpunkte lagen dabei auf der Sicherstellung eines hohen Standards zur Identifikation von Talenten und einer Qualitätssteigerung der individuellen Entwicklungspläne. In Ergänzung zu den bestehenden funktionsübergreifenden

Entwicklungsprogrammen für Executives wurde im Bereich IT das konzernweite Programm „Go IT“ gestartet, das IT-Führungskräfte in ihren Fach- und Führungskompetenzen maßgeschneidert stärken soll. Lokale Führungskräfteentwicklungsprogramme wurden weitergeführt, darunter etwa zeitlich befristete Rotationen (z. B. Filialleiter, die in die Zentrale wechseln, oder Führungskräfte aus zentralen Retail-Funktionen, die vorübergehend in einer Filiale tätig sind). Ein weiterer Schwerpunkt der Qualifizierungsinitiativen lag auf dem Thema Change Management, um insbesondere Manager dabei zu unterstützen, Reorganisationen erfolgreich umzusetzen.



Fachausbildung

Bei der fachlichen Weiterentwicklung lag 2014 besonderes Augenmerk darauf, die zeitlichen und budgetären Ressourcen möglichst punktgenau für strategische Ziele und Initiativen zu nutzen. Während das Angebot und die Zahl der Teilnehmer an Standard-Trainings leicht zurückgingen, wurde verstärkt in geschäftskritische Themenfelder investiert. Schwerpunkte bildeten z. B. Maßnahmen zur Steigerung des Vertriebs Erfolgs im gehobenen Privatkundengeschäft, Weiterbildungsinitiativen zu

den Themen Kundenzufriedenheit und Kundenbindung, aber auch Trainings zur Effizienzsteigerung und Prozessoptimierung nach der „Lean“-Methodik. Weiters wurde unter dem Titel „Branch Management Academy“ eine konzernweite Trainingsinitiative für Filialleiter ins Leben gerufen, die sowohl die fachlichen als auch die persönlichen Kompetenzen für diese Schlüsselrolle des Vertriebs stärken soll.

Alternative Lernformen wie E-Learning, aber auch funktionsübergreifende und internationale Rotations- und Austauschprogramme wurden weiter ausgebaut. Besonders Mitarbeiter im Privat- und Firmenkundengeschäft nutzten die vielfältigen Möglichkeiten des Konzerns zum grenzübergreifenden Wissensaustausch und zur gezielten Weiterentwicklung von Talenten durch verschiedenste Trainee-Programme und Projektaufenthalte. Das „International Young Potentials“-Programm wurde 2014 mit neun Netzwerkbanken bereits zum vierten Mal erfolgreich durchgeführt.

Entwicklungen im Kompensationsbereich

Da bei Banken als klassischen Dienstleistungsunternehmen der Personalaufwand einen hohen Teil der Verwaltungsaufwendungen ausmacht – bei der RBI waren dies im Jahr 2014 48 Prozent –, setzen Kostensenkungsprogramme naturgemäß auch bei den Gehältern und Nebenleistungen an. Der Personalaufwand sank in der Berichtsperiode im Jahresvergleich um 11 Prozent. Das negative Ergebnis der RBI hatte dabei eine deutliche Auswirkung auf die variable Kompensation für das Geschäftsjahr 2014. Entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen entfielen Bonuszusagen bzw. wurden sie für das Management, Mitarbeiter des „Identified Staff“ und andere Mitarbeiter differenziert gekürzt.

Schwerpunkt Mitarbeiterbefragung

Sowohl in der Konzernzentrale als auch in den meisten Netzwerkbanken werden seit vielen Jahren regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Dabei bediente sich die RBI in der Vergangenheit mehrerer Befragungsunternehmen mit unterschiedlichen Befragungsmethoden. Um Daten konzernintern vergleichbar zu machen und Kosten zu reduzieren, wurde 2014 erstmals eine gruppenweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt.

Neben den beiden zentralen Faktoren Mitarbeiter-Engagement (Bereitschaft zum freiwilligen Mehreinsatz) und Mitarbeiter-Enablement (Vorhandensein eines erfolgsfördernden Umfelds) wurden zwölf weitere Dimensionen – z. B. Qualität und Kundenorientierung, Zusammenarbeit, strategische Ausrichtung, Leistungsorientierung und Training – erhoben.

Die Rücklaufquote betrug im Durchschnitt 81 Prozent (insgesamt nahmen rund 29.000 Mitarbeiter teil). Im Durchschnitt der 22 teilnehmenden Konzerneinheiten wurden ein Engagement-Wert von 61 Prozent und ein Enablement-Wert von 64 Prozent erreicht.

Bei der Planung von Verbesserungsmaßnahmen wurde auf die direkte Einbindung der Mitarbeiter großer Wert gelegt. In den nächsten Monaten erfolgt die Umsetzung dieser – auf die Prioritäten der jeweiligen Einheiten abgestimmten – Maßnahmen.

Parallel dazu wurde eine Vielzahl von bewährten Initiativen, die nachweisbar positive Effekte auf das Engagement der Mitarbeiter haben, weitergeführt: So wurden Angebote zu Training und Mentoring ausgebaut, neue Karrierewege für eine Vielzahl von Funktionen definiert und die Teambuilding- sowie Work-Life-Balance-Programme intensiviert.

Weitere lokale Initiativen in den Netzwerkbanken

Auch 2014 bezogen sich viele HR-Maßnahmen auf die Senkung der Personalkosten. Freie Positionen wurden verstärkt intern nachbesetzt, externe Rekrutierungen erfolgten nur in Ausnahmefällen und für spezielle Expertenfunktionen.

In Anbetracht der besonders schwierigen geopolitischen Situation in der Ukraine, insbesondere in der Donbass-Region, hat das Management der Raiffeisen Bank Aval diverse Unterstützungsmaßnahmen für Mitarbeiter und deren Familien in den vom militärischen Konflikt betroffenen Regionen gesetzt. Im Rahmen des Hilfsprogramms „The Arm of Help to Donbas“ wurde für über 75 Familien vorübergehend in anderen Regionen Unterkunft organisiert. Die Kosten dafür wurden von der Raiffeisen Bank Aval übernommen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Die positiven Wachstumstendenzen der zweiten Jahreshälfte 2014 dürften sich 2015 und 2016 in der Region CE fortsetzen. Die Konjunkturwende scheint geschafft, und die 2015 anziehende Entwicklung in der Eurozone sollte den Export unterstützen. Zusätzlich wird eine weiterhin solide Entwicklung der heimischen Nachfrage erwartet, was die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Erholung weiter untermauern sollte. Nach einem BIP-Wachstum von 2,9 Prozent im Jahr 2014 liegt die Prognose für CE in den kommenden Jahren bei 3,0 Prozent. Spitzenreiter in 2015 dürfte Polen werden, gefolgt von den CE-Ländern Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik. Geldpolitisch bleiben die Zügel in CE angesichts von Inflationsraten auf Rekord-Tiefstständen wohl weiterhin locker. Mit restriktiven geldpolitischen Schritten ist frühestens 2016 zu rechnen.

Südosteuropa

Das BIP-Wachstum in der Region SEE sollte 2015 und 2016 weniger stark durch Sonderfaktoren (wie den Naturkatastrophen in Serbien oder Bosnien-Herzegowina im Jahr 2014) und noch ausstehende Konsolidierungserfordernisse (wie etwa in Kroatien) geprägt sein. Nach einem BIP-Wachstum von 1,4 Prozent im Jahr 2014 und 1,9 Prozent im Jahr 2015 sollte sich SEE 2016 wieder ihrem derzeitigen Potenzialwachstum um die 3 Prozent annähern. Vor allem Rumänien dürfte seinen soliden Wachstumskurs mit BIP-Zuwachsraten um die 3 Prozent fortsetzen, 2015 und in den kommenden Jahren flankiert durch eine eher akkommodierende Geldpolitik. Andere SEE-Länder sollten nach einer eher schwachen Entwicklung in den letzten Jahren 2015 und 2016 langsam zur positiven Entwicklung Rumäniens aufschließen können.

Russland

Der Wachstumsausblick für Russland wird einerseits dadurch getrübt, dass von Investitionen und Exporten nur geringe Impulse ausgehen werden, andererseits stellen die Folgen des Ukraine-Konflikts weiterhin deutliche Abwärtsrisiken dar. Nach der tiefen Rezession 2015 und einer zaghaften Erholung 2016 wird das russische Wirtschaftswachstum bei 0,5 Prozent weiterhin schwach gesehen. Ohne eine Umsetzung der im letzten Zyklus verpassten Reform- und Diversifikationspläne wird das Potenzialwachstum der russischen Volkswirtschaft kaum über 2 Prozent liegen. Sollte Russland länger von Wirtschaftssanktionen belegt sein, steigen die makrofinanziellen Risiken – trotz derzeit noch erheblicher Devisen- und Fiskalreserven – merklich an.

CEE Sonstige

Bei hohen politischen wie wirtschaftlichen Unsicherheiten wird die Ukraine 2015 und 2016 unter der Aufsicht des IWF schwierige Strukturreformen durchführen müssen, um bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte zu korrigieren und dringend notwendige Finanzierungen zu erhalten. Daher wird zumindest für 2015 ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung erwartet, auch die wirtschaftlichen Erholungsaussichten bleiben vorerst unklar. Belarus wird – auch angesichts einer Stagnation bzw. Rezession 2015 – weiter auf finanzielle Unterstützung aus Russland angewiesen sein. Damit dürfte die makrofinanzielle Situation in den kommenden Jahren angespannt bleiben.

Eurozone

Im Lauf des Jahres 2015 wird für die Eurozone eine Wachstumsbeschleunigung erwartet, die sich 2016 fortsetzen sollte. Die Exportwirtschaft sollte dabei vom schwachen Euro und der robusten Konjunkturdynamik wichtiger Handelspartner (USA, Großbritannien) profitieren. Zudem schwindet der Gegenwind durch die Fiskalpolitik. Der niedrige Ölpreis sollte die Kaufkraft der Konsumenten stärken und dämpfend auf die Kosten der Unternehmen wirken. Die auf lange Zeit absehbar sehr expansive Geldpolitik der EZB sorgt für außerordentlich günstige Finanzierungsbedingungen, sodass sich der Rückstau bei Investitionen lösen sollte. Aufgrund des wohl zögerlichen Aufschwungs bei den Investitionen im privaten Sektor wird das Wachstum 2015 bei immer noch verhaltenen 1,2 Prozent gesehen. Die Schätzung für 2016 liegt bei 1,9 Prozent und läge damit sogar über dem Potenzialwachstum der Eurozone. Aufgrund des schwachen Lohndrucks sollte die EZB-Zielmarke für die Inflationsrate von knapp unter 2 Prozent trotz anziehender Konjunkturdynamik bis 2016 nicht überschritten werden.

Österreich

Für 2015 und 2016 ist in Österreich nur von einer moderaten Zunahme der Konjunkturdynamik auszugehen, die hinter jener früherer Aufschwungphasen zurückbleiben wird. Maßgebliche Impulse werden hier von der Binnennachfrage erwartet. Der private Konsum dürfte dabei von der stabilen Beschäftigungssituation profitieren. Zudem ist ab der zweiten Jahreshälfte 2015 wieder mit einem Beschäftigungsaufbau zu rechnen und niedrige Energiepreise sollten die Kaufkraftentwicklung unterstützen. Die Belegung der Investitionstätigkeit dürfte hingegen nur mäßig ausfallen. Vor dem Hintergrund einer Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes ist ein Anziehen der österreichischen Exporte zwar wahrscheinlich, dem dürfte aufgrund der unterstellten Zunahme der Inlandsnachfrage jedoch ein etwa ebenso dynamisches Importwachstum gegenüberstehen. Somit wird für 2015 ein BIP-Wachstum von 0,7 Prozent, gefolgt von 1,8 Prozent im Jahr 2016, erwartet.

Ausblick der RBI

Wir planen, bis Ende 2017 die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) in ausgewählten Märkten um brutto rund € 16 Milliarden zu reduzieren (RWA gesamt per 31. Dezember 2014: € 68,7 Milliarden). Wir beabsichtigen, den Abbau zum Teil durch Wachstum in anderen Geschäftsfeldern auszugleichen.

Nach Umsetzung der neuen strategischen Maßnahmen soll die Kostenbasis rund 20 Prozent unter dem Niveau von 2014 liegen (bei konstanten Preisen und Wechselkursen; Verwaltungsaufwendungen 2014: € 3.024 Millionen). Wir streben mittelfristig eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Wir peilen mittelfristig einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an. Das Konzernergebnis für 2015 kann noch negativ ausfallen, da der Großteil der Restrukturierungskosten (gesamt rund € 550 Millionen) voraussichtlich noch 2015 gebucht werden wird.

Wir erwarten, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen auch 2015 erhöht bleiben, wir rechnen jedoch mit einem Bedarf unter dem Vorjahresniveau (2014: € 1.716 Millionen).

Bis Ende 2017 streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) von 12 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 16 Prozent an.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Strategische Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalquoten

Die RBI beschloss im Februar 2015 eine Reihe von Maßnahmen, um den Kapital-Puffer zu erhöhen. Diese sollen zu einer Verbesserung der CET1 Ratio (fully loaded) auf 12 Prozent bis Ende 2017 führen. Ende 2014 lag dieser Wert bei 10 Prozent. Die geplanten Schritte werden insbesondere jene Geschäftsfelder innerhalb der RBI betreffen, die geringe Ergebnisse erwirtschaften, einen hohen Kapitalbedarf haben oder von untergeordneter strategischer Bedeutung sind.

Die Maßnahmen umfassen den Verkauf der Einheiten in Polen und Slowenien sowie der Direktbank Zuno. In Russland ist geplant, das Obligo mit einem Abbau der risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) um rund 20 Prozent bis Ende 2017 zu reduzieren (RWA gesamt per 31.12.2014: € 8,4 Milliarden). Ein Abbau des Obligos ist auch in der Ukraine, wo die RWA gesamt um rund 30 Prozent bis Ende 2017 reduziert werden sollen, vorgesehen (RWA gesamt per 31.12.2014: € 3,0 Milliarden). In Ungarn ist eine weitere Optimierung geplant. Im Sinne der beabsichtigten Fokussierung der Gruppe auf CEE werden die Geschäftsaktivitäten in Asien bis Ende 2017 und in den USA bis Ende 2016 signifikant zurückgefahren oder aufgegeben.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird bis Ende 2017 in den ausgewählten Märkten zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva von brutto rund € 16 Milliarden führen (RWA gesamt per 31.12.2014: € 68,7 Milliarden). Der Gesamtabbau wird sich zwischen Ende des dritten Quartals 2014 bis Ende 2017 auf brutto rund € 26 Milliarden belaufen.

Der Abbau wird zum Teil durch Wachstum in anderen Geschäftsfeldern ausgeglichen.

Währungsabwertungen zu Jahresbeginn 2015

Zu Jahresbeginn 2015 kam es in der Ukraine aufgrund einer Änderung der Währungspolitik der ukrainischen Nationalbank zu einem Kursverfall. Bis Ende Februar verlor die ukrainische Hryvnia (UAH) 37 Prozent. Dies wird Auswirkungen auf die Qualität des Kreditportfolios der RBI haben. Auf die Kapitalposition der RBI hat diese Abwertung jedoch nur geringe Auswirkungen.

Belarus hat Anfang des Jahres 2015 den Belarus Rubel (BYR) um rund 20 Prozent abgewertet. Dies war eine Folge der Währungsturbulenzen in Russland Ende 2014. Belarus ist mit der russischen Wirtschaft eng verbunden. Das Kapital der Priorbank ist zum Teil mit einem ökonomischen Hedge abgesichert, weshalb die Auswirkung auf die Kapitalposition nur gering ist.

Die Aufwertung des Schweizer Franken (CHF) zum Euro nach Aufgabe der Mindestkursbindung durch die Schweizer Nationalbank kann negative Auswirkungen auf die in CHF denominierten Fremdwährungskredite der RBI haben. Die RBI hat einen Bestand von rund € 4 Milliarden an diesen Krediten, davon in Polen rund € 2,8 Milliarden. Insgesamt werden die kurzfristigen Auswirkungen auf die RBI gering eingeschätzt.